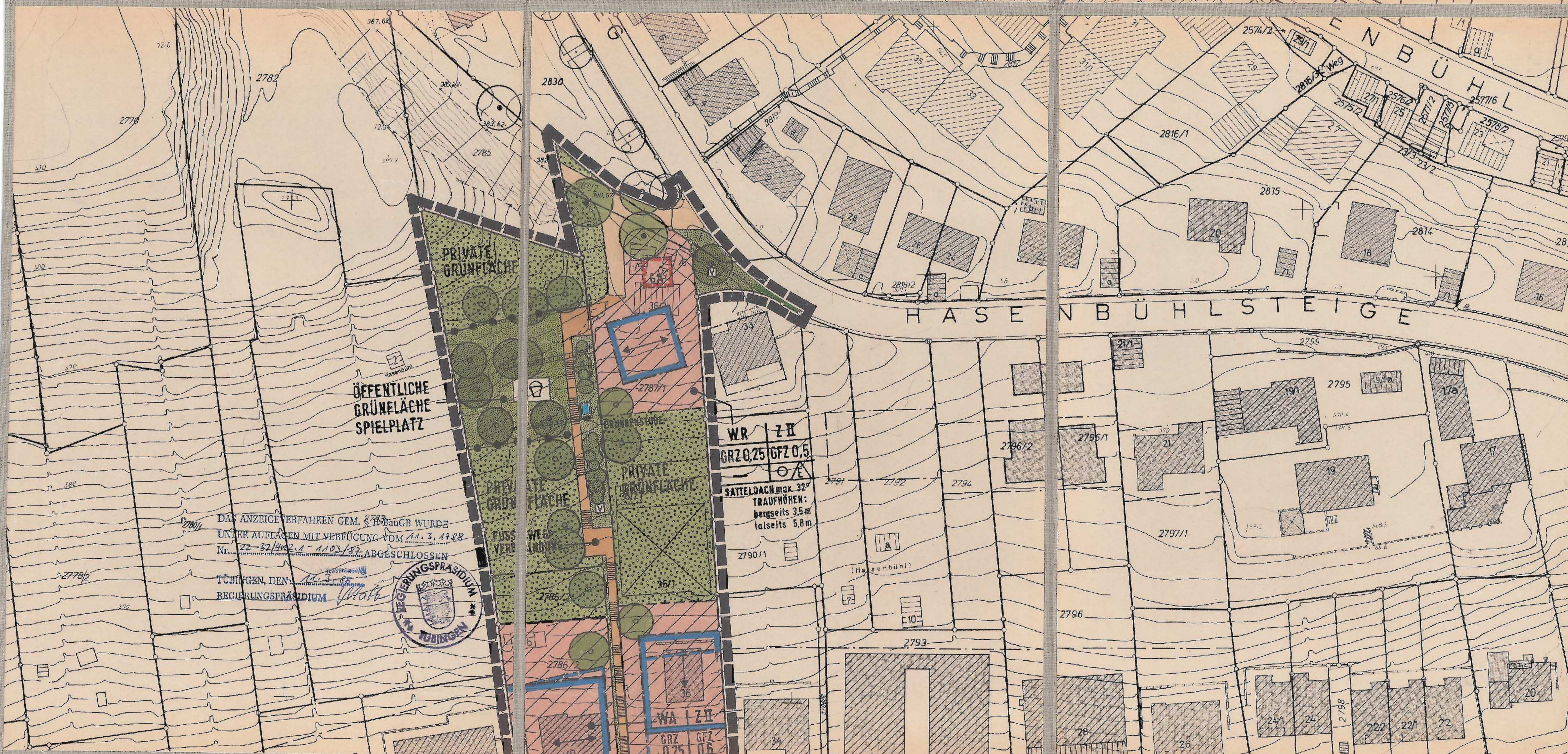


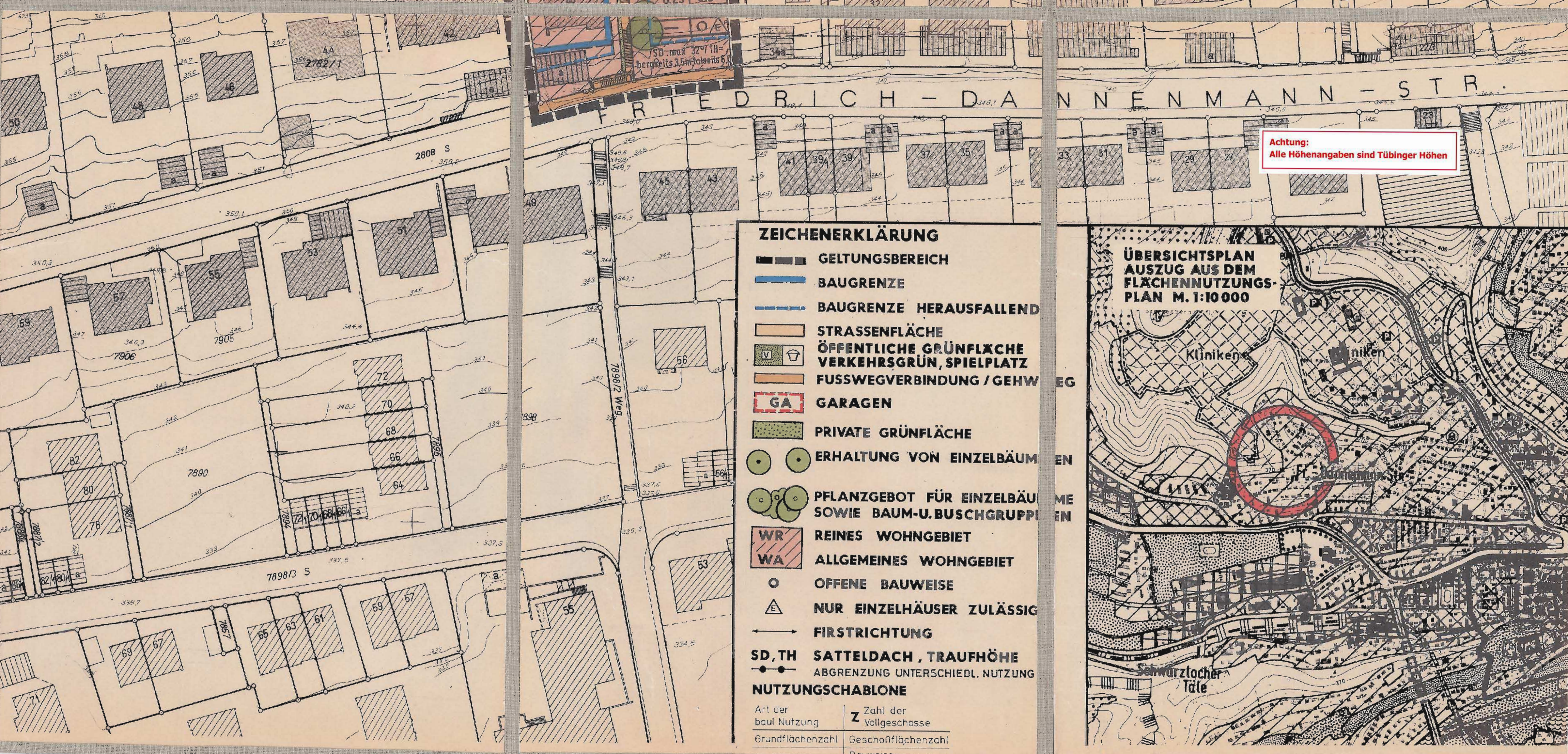
- ### TEXTLICHE FESTSETZUNGEN:
- A. Planungsrechtliche Festsetzungen zum Bebauungsplan "Hasenbühl"
- Nach § 9 Abs. 1 Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung von 19.09.1976 (BGBl. I S. 2236) mit den Änderungen der Bundesbaugesetz-Novelle vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 949) in Verbindung mit den §§ 1 - 27 der Bauordnungsverordnung (BauVO) in der Fassung vom 15.09.1977 (BGBl. I S. 1763) werden folgende Festsetzungen getroffen:
1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 BBauG und §§ 1 - 15 BauVO)
 - 1.1 Reines Wohngebiet: In Anwendung von § 3 Abs. 4 BauVO sind für das Wohngebäude max. 2 Wohnungen zulässig. (siehe Planentwurf)
 - 1.2 Allgemeines Wohngebiet: In Anwendung von § 1 Abs. 5 BauVO sind die Ausnahmen nach § 4 Abs. 3 Ziff. 4, 5 und 6 nicht zulässig.
 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Ziff. 2 BBauG, §§ 16 - 21a BauVO) (Siehe Planentwurf)
 3. Bauweise (§ 9 Abs. 1 Ziff. 2 BBauG und § 22 BauVO) (Siehe Planentwurf)
 4. Stellung der baulichen Anlagen (§ 9 Abs. 1 Ziff. 2 BBauG) Wie in Plan angegeben, wird die Stellung der baulichen Anlagen durch die dargestellte Firsttrichtung festgelegt.
 5. Nebenanlagen (§ 9 Abs. 1 Ziff. 4 BBauG und § 14 BauVO) Nebenanlagen, die nicht der Versorgung dienen und Gebäude im Sinne von § 2 (2) LBO sind, können bis zu einer Größe von 15 cm zugelassen werden.
 6. Flächen für Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Ziff. 4 BBauG) Im WA-Gebiet sind Garagen nur auf der festgelegten Garagenfläche, auf der überbaubaren Fläche und als unterirdische Bauwerke zulässig. Im WA-Gebiet sind Garagen auch auf den nicht überbaubaren Flächen entsprechend § 23 Abs. 5 BauVO in Verbindung mit § 7 Abs. 1 LBO zulässig. Stellplätze sind im WA- und im RE-Gebiet auf den nicht überbaubaren Flächen zulässig.
 7. Öffentliche Grünfläche (§ 9 Abs. 1 Ziff. 5 BBauG) Die öffentliche Grünfläche "Spielplatz" dient der Anlage eines Spielplatzes für Kinder.
 8. Private Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Ziff. 5 BBauG, § 73 LBO) Die "privaten Grünflächen" dienen der kleingärtnerischen Nutzung bzw. der Anlage von Kleingärten und Obstbäumen. Die bauliche Nutzung für Geschirrhütten bis auf 15 cm entsprechend dem Kleingartenbesitz des Innenministeriums vom 21.11.1978 beschränkt. Die Geschirrhütten sind in Holz zu verkleiden und mit Satteldächern in Pfannen- oder Bierschwarzdeckung auszubilden.
 9. Pflanzgebote (§ 9 Abs. 1 Ziff. 5 BBauG) Zur Schaffung eines Überganges zwischen der freien Landschaft und der Bebauung sowie einer Akzentuierung der Fußwegverbindung werden Pflanzgebote für Einzelbäume sowie für Baum- und Buschgruppen festgesetzt.
- B. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen zum Bebauungsplan "Hasenbühl"
- Auf Grund von § 8 Abs. 4 BBauG in Verbindung mit § 73 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) i.d.F. vom 28.11.1983 (GBl. S. 770) werden folgende bauordnungsrechtliche Festsetzungen getroffen:
1. Außenwände Die Außenwände aller baulichen Anlagen sind nur in gedackten, nicht glänzenden und nicht grellen Farben zulässig. Plattenverkleidungen ganzer Fassaden sind nicht zulässig.
 2. Traufhöhen Für die Hauptgebäude sind maximal zulässige Traufhöhen festgesetzt. (Siehe Planentwurf)
 3. Dachgestaltung Soweit im Plan eingetragen, sind die Dachformen für die Hauptbaukörper verbindlich.
- ### VERFAHRENSVERMERKE:
1. AUFSTELLUNGSGESCHLUSS Die Aufstellung des Bebauungsplanes wurde gemäß § 2 Abs. (1) Bundesbaugesetz (BBauG) vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen am ... 17. MARZ 1986 ... in öffentlicher Sitzung beschlossen und am ... 17. APRIL 1986 ... öffentlich bekanntgemacht.
 2. BÜRGERBETEILIGUNG Die Bürgerbeteiligung gemäß § 2a Abs. (1) BBauG erfolgte am ... 24. APRIL 1986 ... und in der Zeit vom ... 25. APRIL 1986 bis ... 09. MAI 1986 ...
 3. AUSLEGUNGSGESCHLUSS Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen hat am ... 06. APRIL 1987 ... den Bebauungsplan als Entwurf gebilligt und dessen öffentliche Auslegung beschlossen.
 4. ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG Der Bebauungsplanentwurf hat mit Begründung gemäß § 2a Abs. (5) BBauG nach vorheriger ortsüblicher Bekanntmachung in der Zeit vom ... 25. MAI 1987 ... bis ... 26. JUNI 1987 ... beim Bürgermeisteramt Tübingen öffentlich ausgelegt.
 5. SATZUNGSGESCHLUSS Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BauGB vom Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen in öffentlicher Sitzung am 15. NOV. 1987 als Satzung beschlossen.
 6. ANZEIGE Der Bebauungsplan wurde gemäß § 11 BauGB dem Regierungspräsidium Tübingen zur Anzeige vorgelegt. Das Anzeigeverfahren wurde mit Verfügung vom 11. MARZ 1988 Nr. 22-32/412.1- abgeschlossen. 1103/87
 7. INKRAFTTRETEN Die Durchführung des Anzeigeverfahrens wurde gemäß § 12 BauGB am 29. APRIL 1988 ortsüblich bekanntgemacht. Mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich.



ÜBERSICHTSPLAN
Auszug aus dem
FLÄCHENNUTZUNGS-
PLAN M. 1:10000

Klinikum
Tübingen
Schwäbische
Häuser

Achtung:
Alle Höhenangaben sind Tübinger Höhen



UNIVERSITÄTSTADT
TÜBINGEN

BEBAUUNGSPLAN "HASENBÜHL"

TÜBINGEN DEN 5. NOV. 1986/6. APRIL 1987
BÜRGERMEISTERAMT

BÜRGERMEISTER

STADTPLANUNGSAMT TIEFBAUAMT

STADTBAUDIREKTOR STADTBAUDIREKTOR

STADTMESSTUNGSAMT

STADTVERMESSUNGSDIREKTOR
STADTBOVERMESSUNGSRAT
SACHBEARBEITER: SALLE

390